

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

März 2011

Offener Brief
an
die Moderatoren des HAZ-Forums
und an die Mitglieder der Redaktion der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)

Kritik aus Nutzer- / Lesersicht

Text 87.8

Anhang 8

„Meldungen ohne Hintergrunderhellung“

zum Thema Bildungsguthaben

Stellungnahme von TA

März 2011

Tristan Abromeit / März 2011

Dokumentation zum Vorgang HAZ-Leserforum

Anhang 8 / Meldungen ohne Hintergrunderhellung

Kommentar zum Thema
Bildungsguthaben, Bildungsgutschein,
Bildungs-Chip-Karte, Bildungscard
Bezug:

07.08.2010 22:11 Uhr
*Debatte / CSU gegen Bildungsgutscheine
für Hartz-IV-Kinder* dpa

12.08.2010 13:04 Uhr
*Neuregelung der Leistungen
Arbeitsministerium prüft Bildungs-Chipkarte
für Hartz-IV-Kinder* dpa

13.08.2010
*Von der Leyen plant Bildungschipkarte
für alle Kinder* Von Dirk Schmalzer

14.08.2010
Bildungs-Chipkarte Bildung für alle – wenn Berlin bezahlt
Von Veronika Thomas

16.08.2010
*Warnung vor dem „Super-Nanny-Staat“
Die CSU will einfach nur mehr Geld für arme Familien,
keine Chipkarten für Mittagessen und Musikschule* Von Ralf Volke

Bildungscard soll Mitte 2011 kommen /
Leistungen werden individuell und regional abweichen
von Michael M. Grüter 17. 8. 2010

Wenn eine Zeitung nur über das berichten will, was Berlin einmal mehr an „Bockmist“ produziert, dann genügen dpa-Meldungen, die dann nur das zur Verstärkung des Gehörten wiederholen, was die Leser schon am Tag vorher im Radio oder Fernsehen gehört haben. Wenn aber eine Zeitung auf Dauer im Medienmarkt bestehen will, dann muß sie in namentlich gekennzeichneten Beiträgen die Mehrdimensionalität eines Problems aufzuzeigen in der Lage sein.

Da das politische Vorhaben und die damit verbundene Debatte durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst wurde, das besagt, daß die Kinder bei den finanziell Bedürftigen zu kurz kommen, wäre als erstes zu beleuchten, warum denn in der reichen Republik Deutschland soviel Menschen finanziell bedürftig sind.

Es wäre dann zu fragen, warum es in einer Marktwirtschaft eine Unterbeschäftigung geben kann, die so viele Menschen arbeitslos und finanziell bedürftig machen. Theoretisch dürfte es in diesem System gar keine Arbeitslose geben, folglich müssen Systemfehler vorliegen.

Was hat der Sachverständigenrat, die Wirtschaftswissenschaft insgesamt und die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitiker insbesondere dazu getan, um diese Systemfehler zu beseitigen? Das wäre die Folgefrage. Die Antwort müßte lauten, wenig oder nichts.

Dann besteht die berechtigte Sorge, daß die Differenz zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem Einkommen aus Sozialleistungen zu gering wird und somit der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht groß genug ist. Aber warum wird dann nicht erörtert, warum das Arbeitseinkommen auf einen so niedrigen Stand gefallen ist, daß die Differenz zu den Sozialleistungen so gering ist, während das Kapitaleinkommen auf einem hohen Stand sich befindet und sich immer mehr auf weniger Personen konzentriert. Dabei stimmen die Mehrzahl der Klassiker der Ökonomie darin überein, daß nur die Arbeit ökonomische Werte schafft. Und soweit das Kapitaleinkommen verteidigt wird, wird es als eine Ausnahmeerscheinung beschrieben oder mit fragwürdigen Argumenten vorgenommen. Verdrängungen sagt die Psychologie führen bei Menschen, wenn sie nicht aufgearbeitet werden, zu Problemen. Das ist in der Ökonomie mit größeren Wirkungen genauso.

Besonders ärgerlich ist in dem jetzigen politischen Vorhaben der Mißbrauch des Wortes Bildungsguthaben (in verschiedenen Varianten). Der Begriff dieses Wortes steht für ein anderes Bildungssystem mit Bildungsfreiheit, das der Idee von einer freien Gesellschaft entspricht. Den wenigsten Bürgern und Bürgerinnen ist bewußt, daß die Basis unseres heutigen Bildungssystems von den Nazis geschaffen wurde. (Man gebe mal die Worte „Schulpflicht“ oder „Schulzwang“ in eine Suchmaschine ein.)

Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zu erst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kam auf den verstorbenen Nobel-

preisträger Milton Friedman, stießen dann John Stuart Mill (1806 – 1873 / „Über die Freiheit“). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Bildungspolitik in der FDP) vermeldete dann:

„Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, „The Rights of Man“, 1791/92, auf deutsch „Die Rechte des Menschen“, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.“

Den Menschen wird also schon lange eines Ihrer Natur, ihren Interessen und der Idee von den Freien in einer freien Gesellschaft (Franz Oppenheimer „Der Staat“) entsprechendes Bildungssystem vor enthalten.

Wenn es jetzt von der CSU und Wohlfahrtsverbänden verlautet, der Bildungs-Chip nach Art von der Leyen würde die Eltern entmündigen, dann stimmt das zwar, wenn nicht allen Kindern – unabhängig vom Einkommen der Eltern – zugebilligt wird, wirkt aber als Aussage mit Bezug auf das gesamte Bildungssystem so, als wenn eine notorischer Lügner einmal die Wahrheit spricht.

Wenn die in unseren Parlamenten vorhandenen Volksvertreter der verschiedenen Parteien auch nur einen Funken von Freiheitsliebe und nicht so viel Zwangsbeglückungsphantasien im Kopf hätten, dann wären sie schon bei der Krippendiskussion auf die Idee gekommen, die Eltern ökonomisch in die Lage zu versetzen, nach Krippenplätze Nachfrage zu halten. Aber wo käme die Politik – die die Ideologie der „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ wie eine Fahne vor sich her trägt – auch hin, wenn nicht jede Maßnahme den Bestand der Bürokratie sichert und ausweitet und die Bürgerinnen und Bürger in den Stand er Unmündigkeit gehalten würden.

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de